

Betr.: ÖBB-Lehrwerkstätte/
Petition an das Land Steiermark

Gemeinsamer dringlicher Antrag von ÖVP und SPÖ

an den Gemeinderat
eingebracht von Gemeinderat Leopold Simbürger
in der ordentlichen Sitzung des Gemeinderates
am 16. Juni 2005

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Laut Arbeitsmarktstatistik von Mai 2005 gibt es in Graz derzeit 341 Lehrstellensuchende, denen 101 offene Lehrstellen gegenüberstehen. Die Zahl der Lehrstellensuchenden übertrifft somit die offenen Stellen: Die Chance auf einen Lehrplatz wird sukzessive geringer, obwohl die Stadt Graz im Wege der Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung eine Jugendbeschäftigungsdrehscheibe eingerichtet hat.

Nunmehr steht auch seitens der ÖBB im Raum, die Lehrwerkstätte in Graz zu schließen und nur noch in Knittelfeld Lehrlinge auszubilden.

Dabei wäre der Bedarf an ausgebildeten FacharbeiterInnen in Graz groß: Die Grazer Lokführer sitzen auf 3500 alten Urlaubstagen, die sie vermutlich nie konsumieren können, und allein heuer haben sie schon weitere 6000 Überstunden angehäuft. Mit diesen „Altlasten“ könnten 72 Menschen Vollarbeitsplätze finden!

In einem einmaligen Kraftakt hat der Gemeinderat der Stadt Graz am 5. Oktober 2001 beschlossen, mit einer Investition von 2,5 Millionen Schilling (181.682 €) für 10 Lehrlinge bis 2005 die Ausbildung in der ÖBB-Lehrwerkstätte in Graz zu sichern.

Derzeit werden den Lehrwerkstätten der ÖBB Lehrlinge über das AMS, finanziert durch das Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz – kurz JASG – zugewiesen. Das AMS plante über den JASG der ÖBB-Lehrwerkstätte in Knittelfeld 15, der in Graz 6 Lehrlinge zuzuweisen. In einem Schreiben an Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl erklärt die ÖBB nun, die Lehrwerkstätte in Graz mangels Auslastung schließen zu müssen, und nur mehr die Knittelfeld betreiben zu wollen.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der Gemeinderatsfraktionen der ÖVP und SPÖ den

dringlichen Antrag,

a) der Gemeinderat der Stadt Graz möge die Steiermärkische Landesregierung und den Bund in einer Petition auffordern, die Mittel aus dem JASG, via AMS bzw. ÖBB nicht nur für die Lehrwerkstätte in Knittelfeld sondern auch für Graz einzusetzen.

b) Auf Basis des am 17.3. dJ von GR Klaus Eichberger eingebrachten und vom Gemeinderat beschlossenen dringlichen Antrages betreffend beschäftigungsfördernde Maßnahmen werden die Mitglieder des Stadtsenates beauftragt, Jugendbeschäftigungsmaßnahmen im Rahmen ihrer Ressortmöglichkeiten zu erarbeiten, diese als Informationsbericht in der September-Sitzung dem Gemeinderat – wie bereits beim Antrag am 17.3. dJ beschlossen – zu präsentieren, um die entsprechenden Maßnahmen im Zuge der Budgeterstellung zu berücksichtigen.

GR. Ulrike Bauer

16.6.2005

A N T R A G
zur
d r i n g l i c h e n B e h a n d l u n g

Betr.: Zusätzlicher Personaleinsatz in der Allgemeinen Pflichtschule als Antwort auf die Ergebnisse der PISA-Studie und auch als arbeitsmarktpolitisches Instrument

Als Folge des Schülerrückganges wird sich für eine hohe Anzahl von LehrerInnen mit befristeten Verträgen (II-L Verträge) für das Schuljahr 2005/06 keine Weiterverwendung im Steirischen Schuldienst ergeben.

Wenn diese Lehrkräfte Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, wäre der Einsatz der LehrerInnen für mindestens ein Schuljahr im Schuldienst wesentlich sinnvoller.

Gerade in Klassen mit hohen Schülerzahlen wären zusätzliche Lehrpersonen sehr hilfreich und unterstützend, verhaltensauffällige Kinder könnten intensiver betreut werden und auch lernschwache und begabte SchülerInnen würden durchaus differenziertere Förderungen erhalten. Ein solches Angebot wäre gerade in Zeiten von PISA sehr nützlich, zugleich auch eine positive arbeitsmarktpolitische Initiative, da diese Maßnahme den sogenannten JunglehrerInnen zusätzliche Praxis bietet und so den Verbleib im Schuldienst gewährleisten würde. Gerade diese jungen LehrerInnen sind beim AMS schwer vermittelbar und ein jahrelanges Warten auf eine Anstellung wäre ihrer Praxis in der Arbeit mit den Kindern in der Klasse nicht dienlich.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g

der Gemeinderat möge beschließen:

Die Stmk. Landesregierung und die Österr. Bundesregierung werden aufgefordert, mit dem Ziel in Verhandlung zu treten, ein Modell pädagogischer Maßnahmen für die Klassen mit hoher Schüleranzahl zu entwickeln, wobei mit verschiedenen Institutionen der auf freiwilliger Basis erfolgende Einsatz von arbeitslosen II-L-LehrerInnen zu verhandeln ist und Lösungen zu erarbeiten sind.



Betr.: Schaffung eines „Ordnungsamtes“/
Abt. für öffentliche Sicherheit

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Dringlicher Antrag

an den Gemeinderat
eingebracht von Gemeinderat Klaus Eichberger
in der ordentlichen Sitzung des Gemeinderates
am 16. Juni 2005

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es gibt eine Vielzahl (ortspolizeilicher) Verordnungen im Bereich der Stadt Graz, die sich jedoch auf Grund mangelnder Überwachungsmöglichkeiten als mehr oder minder zahnlos erweisen, wodurch sogar ein gegenteiliger Effekt erreicht wird: Denn die beste im Sinne der Bevölkerung zu deren Schutz bzw. Sicherheit erlassene Verordnung fruchtet nichts, wenn deren Einhaltung nicht kontrolliert wird. Was zum Ergebnis führt, dass der Unmut der Bevölkerung sogar größer wird, weil eben niemand zum Beispiel gegen frei laufende Hunde auf Spielplätzen, gegen Lärmerregungen, gegen RadfahrerInnen auf Parkwegen etc. einschreitet.

Was bedeutet, dass es zielführend und zweckmäßig wäre, mit der Kontrolle dieser Verordnungen eine städtische Behörde zu betrauen. Dass Derartiges funktioniert, zeigt das Beispiel Deutschland: In deutschen Städten gibt es seit langem städtische Ordnungsämter, deren Aufgaben von der

- Registrierung falsch geparkter Fahrzeuge über die
- Erteilung von Genehmigungen für Stände im öffentlichen Raum bis hin zur
- Kontrolle von Notausgängen in Gaststätten oder der Frische von Lebensmittel reichen.

Darüberhinaus kontrollieren patrouillierende, zumeist uniformierte „Ordnungsbeamte“ Verordnungen unter anderem in Bezug auf

- Lärmerregungen,
- Radwegbenutzungen,
- Fußgängerzonen,
- den ruhenden Verkehr,
- die Einhaltung der Sperrstundenregelungen
- die Sauberkeit im öffentlichen Raum und in Grünanlagen
- illegale Ablagerungen am Straßenrand
- Hundeverbot auf Spielplätzen

- das Führen gefährlicher Hunde
- die Leinenpflicht
- Kontrolle der Einhaltung des Jugendschutzgesetzes etc.,
- Missbrauch öffentlicher Gelder durch Privatpersonen

wobei in diesem Zusammenhang natürlich auch Bußgeldverfahren eingeleitet bzw. direkt vor Ort abgehandelt werden. Zudem vermitteln diese uniformierten OrdnungsbeamtInnen durch ihre Präsenz im öffentlichen Raum der Bevölkerung natürlich auch noch ein Sicherheitsgefühl.

In diesem Sinne ist es aus Sicht der SPÖ-Gemeinderatsfraktion ein interessanter Ansatz, die Installierung eines derartigen „Ordnungsamtes“ – wobei die Bezeichnung hier wirklich nur als Arbeitstitel steht – zu überlegen, wobei grundsätzlich festzuhalten ist, dass ein solches Modell keinerlei Konkurrenz zur Polizei darstellt sondern als Unterstützung gesehen werden kann. Auch wäre dies ein geeignetes Mittel gegen den „Wildwuchs“ an zum Teil zweifelhaften Problemlösungsansätzen. Einerseits könnte damit gewährleistet werden, dass Verordnungen auch kontrolliert werden, andererseits würde unter Umständen das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen durch die Präsenz uniformierter Stadtbeamter erhöht, und zum anderen gäbe es natürlich über diesen Weg Synergieeffekte, indem etwa eine solche Abteilung mittelfristig auch die Überwachung der Kurzparkzonen übernimmt, was natürlich auch im Interesse der Aufgabenkritik wäre. Dadurch – wie übrigens auch in Deutschland – wäre es nicht erforderlich, mehr Magistratsbedienstete einzustellen, sondern vorhandenes Personal, selbstverständlich nach intensiven Schulungen, dafür einzusetzen.

Daher stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge die Magistratsdirektion beauftragen, im Sinne des Motivenberichts zu überprüfen, inwieweit in Graz eine Magistratsabteilung für öffentliche Sicherheit nach Vorbild der Ordnungsämter in deutschen Städten eingerichtet werden und welche Bereiche eine solche zu schaffende Abteilung grundsätzlich abdecken könnte, inwieweit dies eine Strukturreform innerhalb der städtischen Verwaltung bedingen würde bzw. welche Ressourcen dafür erforderlich wären und dem Gemeinderat bis September einen entsprechenden Bericht vorzulegen. Gleichzeitig ist dieser Punkt auf die Tagesordnung des Arbeitskreises Sicherheit zu setzen.

**Dringlicher Antrag an den Gemeinderat
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 16.6.2005
von Klubobfrau Sigi Binder**

Betrifft: Armut und Budget

Armut hat viele Gesichter. Armut grenzt aus, Armut macht krank, Armut bedeutet Kälte, erzeugt Stress und macht einsam. Nach den letzten Studien über Armut und Armutsgefährdung in Österreich fallen bereits 13,2% der Gesamtbevölkerung unter die Armutsgefährdungsschwelle. Ein erhöhtes Armutsrisiko haben dabei Familien mit drei und mehr Kindern. Noch stärker betroffen sind Alleinerzieherinnen.

Von diesen Zahlen bleibt auch Graz nicht verschont und so gelten auch in Graz bereits rund 13% der Bevölkerung als armutsgefährdet. 3,45% davon sind Kinder und Jugendliche. Gerade für sie ist ein Leben in Armut verbunden mit der Rolle eines Außenseiters bzw. einer Außenseiterin. Die materielle Benachteiligung lässt sie in vielen Bereichen nicht mehr dazugehören und hindert sie daran mitreden zu können. Das „Anderssein“ führt zum Sinken ihrer Toleranzgrenze. Sie sind anfälliger für Stress, Rangeleien, für Scham- und Minderwertigkeitsgefühle. Ihre persönliche Entwicklung ist gehemmt und ihre Zukunftschancen reduzieren sich.

Kinderarmut folgt Elternarmut und die aktuellen Arbeitslosenzahlen sprechen eine deutliche Sprache. Um 8,6% mehr Arbeitslose verzeichnete die Stadt Graz Ende April 2005 im Vergleich zum Vorjahr. Ein ähnlicher Anstieg war bei den arbeitslosen Jugendlichen zu verzeichnen.

Armut und Armutsgefährdung prägen das soziale Bild der Kommunen stärker denn je und ihre Bekämpfung muss zu einem verpflichtenden Bestandteil verantwortungsvoller Kommunalpolitik werden. Umso befremdlicher ist es, wenn Leistungen im Jugend- und Sozialbereich jährlich dem Sparstift zum Opfer fallen und mittlerweile nicht einmal mehr das veranschlagte Jahresbudget ausreicht, um dem Bedarf der Bevölkerung gerecht zu werden.

Die Verhandlungen für das nächste Budget sind bereits angelaufen und die Sparziele schweben als Damoklesschwert über den Jugend- und Sozialämtern. Mit der Einhaltung der vorgegebenen Einsparungsziele wird das Sozialwesen in Graz empfindlich erschüttert.

In Anbetracht der aktuellen Entwicklungen und im Zusammenhang mit den laufenden Budgetverhandlungen stelle ich daher namens der Grünen – ALG folgenden

Dringlichen Antrag

Der Gemeinderat möge beschließen,

die Stadtregierungsmitglieder werden beauftragt, bei den vorberatenden Budgetverhandlungen für das kommende Budget klare politische und budgetäre Schwerpunkte zu setzen und in einem kommunalpolitischen Willensakt insbesondere die langfristige Sicherung der Mittel für Armutsbekämpfung und beschäftigungspolitische Maßnahmen anzustreben.

**Dringlicher Antrag an den Gemeinderat
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 16. Juni 2005
von Christina Jahn**

Betrifft: Erhalt der Gruabn

Der Bezirk Jakomini weist je EinwohnerIn mit ca 12,5 m² den geringsten Grünflächenanteil aller Grazer Bezirke auf. Seit der Ablöse des Pachtrechts des SK Sturm an der „Gruabn“ und das dadurch wieder frei gewordene Verfügungsrecht der Stadt Graz über diesen Sportplatz, besteht die berechtigte Sorge von AnrainerInnen und Sportbegeisterten, dass eine weitere Grünfläche im Bezirk verbaut wird, was einen unwiederbringlichen Verlust an Lebensqualität für die im Bezirk wohnenden Grazerinnen und Grazer gleichsam wie den unwiederbringlichen Verlust einer traditionsreichen Sportstätte für alle Fußballbegeisterten zur Folge hätte.

In den zuletzt geführten Debatten und bei den Prüfungen rund um die Eignung der Gruabn als Fußballplatz für nationale und internationale (Trainings-) Spiele sind allerdings nicht immer nur korrekte Argumente, vor allem von den Seiten, die gegen den Erhalt der Anlage sind, vorgebracht worden.

So ist es beispielsweise nicht korrekt, dass, wie vom steirischen Fußballverband behauptet und vom Anwalt des Grazer Sportklub ganz richtig gegenargumentiert, das Spielfeld der Gruabn zu klein wäre, sowohl für nationale, als auch für internationale Spiele. Die FIFA als höchste Instanz sieht in ihren Spielregeln (Stand 2004) eine Spielfeldgröße von mindestens 90 (höchstens 120) Metern mal mindestens 45 (höchstens 90) Metern für nationale und für internationale Spiele eine Spielfeldgröße von mindestens 100 (höchstens 110) Metern mal mindestens 64 (höchstens 75) Metern vor. So kann es also nur als Vorwand gewertet werden, wenn das Spielfeld der Gruabn, das mit seinem Spielfeld in den Ausmaßen von 100 mal 65 Metern sowohl für nationale als theoretisch auch für internationale Spiele geeignet ist, als zu klein befunden wird. Die Sicherheitsabstände an den Seiten- und Toroutlinien sind ebenfalls durch leichte Adaptierungsarbeiten herstellbar, ohne, dass, wie weiters seitens der Stadtbaudirektion angeblich argumentiert wurde, die Trasse der B67c Jakominigürtel in irgendeiner Weise von Neubauten betroffen wäre, und deshalb für derartige Umbaumaßnahmen keine Genehmigung zu erteilen wäre.

Vergleicht man die Gruabn - Anlage mit dem Areal, das in der Herrgottwiesgasse für die Errichtung eines Fußballplatzes bereit steht, wird ersichtlich, dass das dort geplante Spielfeld mit 64 mal 102 Metern in der Größendimension ziemlich genau dem des Sturmplatzes entspricht, die Seiten-Sicherheitsabstände zwar genau eingehalten werden, allerdings in der neuen Anlage keine ZuschauerInnentribüne vorgesehen, und auch platztechnisch nicht möglich ist.

Gründe für den Erhalt der Gruabn gibt es viele: Erhaltung der Grünfläche (gemäß STEK-Bestimmungen 2.2.4. „Erhöhung des Grünanteils im dicht bebauten Stadtgebiet“ und in 2.3.4. „Weitergehende Erhaltung bestehender Anlagen“), Erhalt der im Bezirk dringend notwendigen Sportstätte, leichte Adaptierungsmöglichkeiten des bestehenden Fußballplatzes und der Tribünen etc.

Gründe, die für eine Verbauung des Areals sprechen –abgesehen von den zu erwartenden geldwerten Einnahmen durch den Verkauf des Areals, sind aus grüner Sicht kaum nachvollziehbar. Selbst wenn, wie öfter kolportiert, man mit dem neuen Platz in der Herrgottwiesgasse Trainingsspiele im Zuge der EM 2008 auszurichten erhofft, wird dies wohl ohne ZuschauerInnentribünen genauso wenig attraktiv sein. Worin liegt außerdem generell der Vorteil einer Sportstätte, deren Platz zwar (wie der, der Gruabn) auch für internationale Spiele ausreichend groß ist, aber dafür keine ZuschauerInnentribünen besitzt?

Mit Beschluss vom 14.4.2005 hat der Gemeinderat die Projektgenehmigung für die Errichtung einer Sportanlage für den Verein „Grazer Sportklub“ auf dem Areal in der Herrgottwiesgasse unter der Bedingung beschlossen, dass das Areal der sogenannten „Gruabn“ für die Vereinszwecke nicht genutzt werden kann bzw. entsprechend den Vorstellungen und Vorgaben seitens der Stadt Graz bzw. seitens des Vereines sowie seitens des steirischen Fußballverbandes nicht adaptiert werden kann.

Die Ergebnisse dieser Prüfung liegen angeblich bereits vor, wurden aber dem beschlussfassenden Gremium, nämlich dem Gemeinderat weder zur Kenntnis, noch zur Diskussion gebracht.

Weil sämtliche Sachargumente für den Erhalt des Areals der Gruabn sprechen, stelle ich namens der Grünen – ALG heute folgenden

Dringlichen Antrag

Der Gemeinderat möge beschließen,

1. die als Bedingung für die Gültigkeit des GR - Beschlusses A 8/4-21533/2003, A 8 – 8/2005-6 geforderte Prüfung der Adaptierbarkeit der Gruabn für die Zwecke des „Grazer Sportklub“ wird dem Gemeinderat in der nächsten Gemeinderatssitzung als Informationsbericht zur Diskussion und Beschlussfassung vorgelegt.